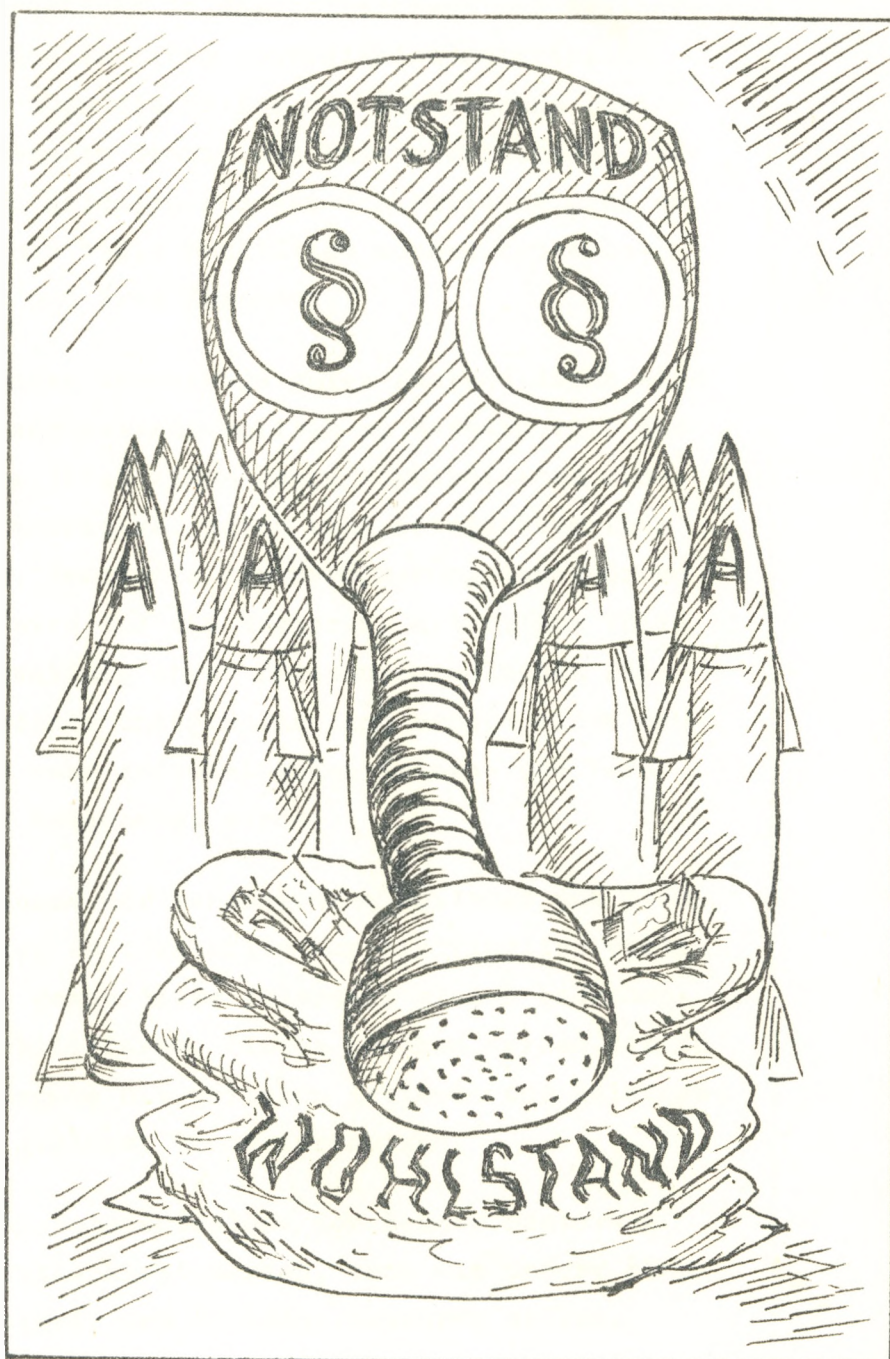


DER MAHRUF

MITTEILUNGSBLATT FÜR DIE MITGLIEDER DER VVN WESTBERLIN



BONNER STANDWECHSEL



Nr. 66
Oktober 1966

Vom Wohlstand zum Notstand?

Wir alle wissen um den wahren Charakter des sogenannten bundesdeutschen Wohlstandes, der nichts weiter ist als ein in grellen Farben gemaltes Aushängeschild der Bonner Politik, die weit davon entfernt ist, durch eine ehrliche Friedenspolitik zu einem wirklichen Wohlstand des deutschen wie der anderen Völker beizutragen. Nur eine kleine Oberschicht in Westdeutschland und Westberlin schwimmt heute in einem unverdienten materiellen Wohlstand, aber über die Hälfte der Bevölkerung lebt an der beängstigenden Grenze des Existenzminimums, auf den Gebieten des Sozialen und der Volksbildung gibt es arge Mißstände und viele Werktätige müssen heute bereits um Arbeit und Brot fürchten.

Aber anstatt diesen keineswegs guten Zustand durch eine den Realitäten angemessene Politik zu bessern will die Bonner Regierung jetzt einen lange vorbereiteten einschneidenden Standwechsel durch eine Notstandsverfassung vollziehen, durch die die Bevölkerung ihrer Grundrechte beraubt wird und die Regierung autoritäre Vollmachten zur Ausweitung ihrer friedensfeindlichen Politik erlangt, wodurch unser Heimatland erneut einer akuten, dann nicht mehr aufzuhaltenden Kriegs- und Vernichtungsgefahr ausgesetzt würde.

Nachfolgend bringen wir verschiedene Beiträge und Stimmen, die das hier Festgestellte nur eindringlich bestätigen, um damit gegen diese jedermann gleich bedrohende Gefahr zu mobilisieren. Dieses Bemühen werden wir in der nächsten Ausgabe mit weiteren Artikeln und Meinungsäußerungen zum gleichen Thema fortsetzen. -

Die gefährlichen Notstandspläne der Bonner Regierung dürfen nicht Wirklichkeit werden, wenn wir unsere höchsten Güter, Freiheit und Frieden, bewahren wollen.

Ein Philosoph entlarvt

Der Philosoph Karl Jaspers, ein in der westlichen Welt hochgeachteter Wissenschaftler, hätte wohl kaum Anlaß sich gegen Maßnahmen und Planungen der westdeutschen Bundesregierung zu wenden, wenn ihn nicht eigene Erkenntnis und die Stimme seines Gewissens dazu bewegen würden. Doch in seinem Buch "Wohin treibt die Bundesrepublik?" kommt Jaspers nicht nur zu einer Verurteilung der Bonner Notstandspläne, die er kategorisch und wohlbegründet ablehnt, er deckt auch schonungslos die dahinter stehenden Absichten der Bonner Herren auf und entlarvt diese wie kaum einer zuvor.

Aus der Fülle der von Jaspers niedergeschriebenen Erkenntnisse und Folgerungen können hier nur einige der wichtigsten angeführt werden. So kommt Jaspers in Bezug auf den vielberufenen "äußeren Notstand" u.a. zu folgenden Feststellungen:

"Der äußere Notstand ist im Falle des Krieges da. Man will Gesetze schaffen, die es ermöglichen, in solcher Situation die Nahrungsmittelversorgung, die geordnete Einheitlichkeit der dann für notwendig gehaltenen Aktionen zu sichern durch die Verfügung über Arbeit und Bewegung der Bevölkerung. Dazu hält man die Aufhebung von Grundrechten für nötig, so des Streikrechts, der Informationsfreiheit und Meinungsäußerung.

Die Vorstellungen, die dabei lenken, sind die aus vergangenen Kriegen. Nur für den unwahrscheinlichen Fall, daß ein lokaler europäischer Krieg (wie in Korea oder Vietnam) entstünde und dann ohne Atomwaffen geführt würde (aber der Unterliegende würde in jedem Fall Atomwaffen, wenn er sie hat, anwenden), hätten diese Vorstellungen vielleicht noch eine gewisse Berechtigung. Wenn aber, wie zu erwarten, ein europäischer Krieg zugleich Weltkrieg würde, so ist die Situation unvergleichbar. Krieg ist im Atomzeitalter gegenseitige totale Vernichtung. Der Notstand dieses Krieges ist in der Tat garnicht zu bekämpfen. Dieser Notstand darf nicht eintreten. Daher muß man bedingungslos alles tun, um den Frieden zu retten, darf man nichts tun, was zum Kriege treiben könnte. Der äußere Notstand ist allein durch ehrliche, bedingungslose Friedenspolitik zu

bekämpfen." - Was sich nach Jaspers Auffassung bei einem "äußeren Notstand" abspielen würde, schildert er so:

"Wenn die geplanten Notstandsgesetze im Kriegsfall verwirklicht werden, so verwandeln sie das Volk in eine zur Schlachtbank getriebene Schafherde, geführt von den letzten Politikern der nationalen, absolutistischen Denkungsart, ebenso machtwillig wie dumm. Sie haben bei dem von ihnen selbst herbeigeführten Unheil das Bewußtsein der Zwangslage, des Nichtanderskönnens und gehorchen, eigentlich führungslos, den wie immer entstandenen Befehlen, terrorisieren und sind terrorisiert."

Hiermit macht Jaspers den Zwangscharakter der Notstandsgesetze sichtbar, mit denen die totale Entrechtung der Bevölkerung legalisiert würde, aber er zeigt auch den möglichen Ausweg: "Wenn es sich um das Schicksal in der Katastrophe handelt, dann darf das Recht aller Menschen im Volk auf eigene Entscheidung nicht mehr an eine gewählte Regierung abgegeben werden, am wenigsten wenn diese Regierung die ganze Bevölkerung in militärrartige Fesseln schlagen will. Wenn das Volk nicht Krieg führen will - in dieser Situation unserer Zeit -, muß es das Recht und die Möglichkeit haben, zu revoltieren: durch Streiks, durch Gehorsamsverweigerung, durch den Widerstand gegen alle Mächte, die doch nicht helfen, sondern Freiheit und Leben zugleich nehmen..."

Zum nicht minder viel zitierten "inneren Notstand" trifft Jaspers die klaren und unwiderlegbaren Feststellungen: "Einen inneren Notstand, der

Gesetze erfordert, die die Grundrechte suspendieren, kann es in der Bundesrepublik nicht geben. Das Volk, die Verbände einer Partei haben keine Waffen. Es gibt keine Privatarmeen und keinen Staat im Staate, wie beide von den Nationalsozialisten aufgebaut wurden. Jeder Gewalt aus der Bevölkerung ist die Polizei gewachsen, solange diese selber einig ist mit der Regierung. Wenn sie es nicht ist, dann ist der Unsinn der Regierung schuld.

Der innere Notstand existiert nur in der Fiktion derer, die entweder ihn benutzen wollen zur Konstituierung absoluter Macht, zur Beseitigung des Streikrechts im Interesse der Unternehmer, oder die Angst haben vor Auseinandersetzungen, die notwendig sind, um in der ständigen Unsicherheit die Freiheit zu behaupten gegen die Maßnahmen einer vernunftwidrigen, die Grundrechte und die Legalität nicht achtenden Regierung. Eine solche Regierung übt Gewalt, die ein Volk nicht dulden kann. Daher muß das Volk Mittel haben, sich zu wehren, Mittel, die ohne militärische Waffen der Gewalt widerstehen können."

Aber gerade dieser legalen Mittel zum Widerstand würde ja die Bevölkerung durch die Notstandsgesetzgebung beraubt werden, wie inzwischen ja auch viele erkannt haben, die an sich eine Notstandsregelung befürworten. Vor allem aber einige SPD-Führer glauben nun, daß man durch gewisse "Sicherungen" einen Mißbrauch durch die Regierung ausschließen könne. Ihnen gibt Jaspers die unmißverständliche Antwort: "Es gibt keine Möglichkeit, einen Mißbrauch der Notstandsgesetze zu verhüten. Denn in ihrem Prinzip liegt die Ausschließung der Kontrolle. Das Prinzip der totalen Gewalt kommt am Ende hinter allen Einschränkungen und Klauseln doch wieder zum Vorschein. Ohne dieses Prinzip sind diktatorische Vollmachten nicht möglich."

Zudem verweist Jaspers auf die dabei ausschlaggebenden wirklichen Machtverhältnisse im Bonner Staat:

"Der Mißbrauch aber ist sogar mit Sicherheit zu erwarten, falls Politiker eine Rolle spielen, die sittlich-

politisch nicht zuverlässige freie Demokraten sind, wie heute leider viele. Erst recht ist die Gefahr groß, wenn Politiker an der Macht sind, die die Wahrhaftigkeit nicht für notwendig halten, Illegalität leichtnehmen, intrigierende Manipulationen für Politik halten, treulos und unglaubwürdig sind, daher kein Vertrauen verdienen."

Für diese Feststellungen führt der Philosoph nachfolgend Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit an und erklärt zugleich, daß gerade diese für ihn die Veranlassung waren, die Machtstruktur in der Bundesrepublik zu analysieren und die deutsche Öffentlichkeit vor einer verhängnisvollen Entwicklung zu warnen; er schreibt dazu u. a. :

"Daß der Mißbrauch nicht nur möglich, sondern wahrscheinlich ist, darüber belehren uns Ereignisse unserer jüngsten Geschichte. Wenn Leute wie Strauß, Adenauer, Hopf bei der Spiegelaffäre imstande waren, bei den verfolgten Beamten eine Panik zu erzeugen, als ob der Staat in Gefahr sei, wenn der Justizminister nicht eingeweiht wurde, wenn damals Dinge geschahen 'etwas außerhalb der Legalität', dann muß man fragen: Hätten denn diese Leute damals nicht, wenn es das Gesetz gegeben hätte, den Notstand erklären können und dann getan was sie wollten? Nie darf das Bundesvolk jene Ereignisse vergessen. Die Bundesrepublik erfuhr einen Knacks, der noch nicht wieder behoben ist, erhielt eine Wunde, die noch nicht vernarbt ist. Bei allen Beratungen des Notstandsgesetzes müssen diese Realitäten gegenwärtig sein. Die Verhinderung des Mißbrauchs verlangt den Verzicht auf Notstandsgesetze."

Jaspers verweist auch darauf, daß es für diejenigen, die sich dieser neuen Form eines Ermächtigungsgesetzes bedienen wollen, immer Lücken geben werde, um auf "legalem Wege" ihre Machtansprüche durchzusetzen; er fordert deshalb:

"Das Volk muß die Freiheit behalten, in direkter Aktion seinen Willen und seinen Widerstand kundzutun. Das Notstandsgesetz raubt dem Volk die ihm verbliebenen legitimen, dann aber nicht mehr legalen Mittel des Widerstandes. Es ist ein Instrument der

Versklavung. Statt eines Notstandsgesetzes brauchen wir die Entwicklung von gesetzlichen Mitteln, durch die das Volk innerhalb der vier Jahre, für die es nach den Wahlen jeweils abgedankt hat, zu aktiver Mitwirkung gebracht werden kann, um den gegenwärtigen Notstand, der faktisch an Regierungslosigkeit grenzt, zu mindern. Das Notstandsgesetz sichert

nicht das Volk, sondern die Regierenden. Vorsorgliche Gesetze für die Erklärung des inneren Notstandes und für die Maßnahmen seiner Bekämpfung sind in der Tat Sicherungen einer Parteienoligarchie, ihrer Regierungsmacht und der ihnen verbundenen mächtigen Interessen, auch dann, wenn diese nur eigensüchtig und vernunftwidrig sind."

Stimmen zur Notstandsgefahr

Heinz Hilpert :

"... Notstandsgesetze sind immer aus scheinbar triftigen Gründen eingeführt worden und hatten immer die Entpersönlichung, die Diffamierung der Freiheit des Individuums zu Folge. Die Misere der letzten Jahrzehnte des deutschen Volkes fing mit Notstandsgesetzen an, die die Angst als Mittel der politischen Willensbildung bezweckten und die Diffamierung kultivierten, den Terror über die Freiheit stellten und dafür sorgten, daß nicht der Staat vermenschlicht, sondern der Mensch verstaatlicht wurde und daß die Ausübung von Opposition durch die Angst, die diese Notstandsgesetze auslösten, tödlich unterbunden wurde.

Die Machtmittel, die das Grundgesetz der öffentlichen Gewalt bei Katastrophen in die Hand gibt, um den Staat zu schützen, genügen vollauf. Es muß jedem freien Menschen daran liegen, die Grundgesetze unseres Staates unangetastet zu lassen."

Axel Eggebrecht :

"Weshalb kein Notstandsgesetz? ... Bei uns werden solche Vollmachten gerade jenen in die Hände fallen, gegen die sie sich richten müßten. Es warten genug potentielle, sogar überführte Mörder und deren Helfer auf Rückkehr zur Macht.

Dies ist mein wesentliches Argument. Hinzu kommt die Überlegung: einen Notstand von außen her, dem mit sonstwelchen Vollmachten zu begegnen wäre, wird es nie mehr geben. Sondern völlige Vernichtung - und die kann nur durch vernünftige Politik vermieden

werden. Ein Notstandsgesetz könnte leicht zum Freibrief für unvernünftige Hasardeure werden. Indessen ist, auch wenn das geleugnet wird, natürlich vor allem der sogenannte innere Notstand gemeint. Der besteht, nach allen deutschen Erfahrungen ja bereits darin, daß überhaupt jemand der Obrigkeit widerspricht. Alle Abgeordneten unserer Parteien, die eine saubere Vergangenheit und einen klaren Kopf haben, sollten wissen, was sie tun, wenn sie ihr Mandat aus Furcht vor dem kommunistischen Teufel dem nationalistischen Beelzebub übertragen: Sie bereiten ihren eigenen Selbstmord vor. Und damit unser aller Ende."

Robert Jungk :

Mir scheint, daß man bei der Beurteilung des Notstandsgesetzes zu wenig von einem Faktor spricht, der mich besonders beunruhigt: ich spreche von dem Menschentyp, der dieses antidemokratische Machtmittel handhaben wird. Erlauben Sie mir, es einmal ganz klar auszusprechen: Wir sollten zu deutschen Bürokraten noch weniger Zutrauen haben als zur staatlichen Exekutive anderer Nationen. Die hohen Qualitäten der Genauigkeit, Pünktlichkeit und Arbeitstreue, die den Deutschen auszeichnen, entarten im deutschen Beamten meist zu Starre, Engstirnigkeit und Servilität. Macht über andere Menschen bekommt dem Deutschen schlecht. Das hat die Welt in den Jahren der Nazidiktatur leidvoll erfahren und nicht vergessen. Daher wird das Notstandsgesetz das Miß-

Mißtrauen gegen "die Deutschen" noch mehr verstärken. Die notwendige Versöhnung zwischen den Deutschen und den Vielen, die unter den Verbrechen zu leiden hatten, wird damit weiter erschwert - schlimmer noch: die innere Befreiung der seit Jahrhunderten zum "Untertanen" herabgewürdigten Deutschen wird abermals verhindert."

A d o l p h K u m m e r n u ß :

"... Demokratische Grundrechte und Freiheiten kann man nicht dadurch sichern, daß man sie einschränkt oder abbaut. Ein Notstandsgesetz würde genau das herbeiführen, was es zu verhindern vorgibt. Es gibt bereits ein Bundesleistungsgesetz, das die Möglichkeit bietet, jedes Kraftfahrzeug sowie landwirtschaftliche und industrielle Anlagen für militärische Zwecke zu beschlagnahmen. Dabei sollte man es bewenden lassen.

Die Glaubwürdigkeit der Bundesrepublik hängt nicht von der Größe und der Qualität des militärischen Beitrags ab. Nur allzuleicht neigt man zu einer Überschätzung militärischer Stärke. Doch die Schlagkraft der Bundeswehr, selbst wenn diese durch ein totales Notstandsgesetz auf ein Höchstmaß gesteigert würde, trägt nichts Positives zur Lösung unserer politischen Probleme bei.

Es gibt keine vertretbare Lösung politischer Probleme auf Kosten demokratischer Grundrechte und Freiheiten. Für ihre Festigung gilt es vielmehr einzutreten. Nicht mit Worten und feierlichen Versprechungen, sondern durch die Tat. Der Verzicht auf ein Notstandsgesetz oder dessen Verhinderung wäre eine Tat."

M i c h a e l M a n s f e l d :

Der Entwurf der Notstandsgesetzgebung ist der bisher massivste Versuch, die mit Hilfe der Alliierten erworbenen bürgerlichen Freiheiten zu beschneiden - oder eben jenes Obrigkeits-Untertan-Verhältnis wiederherzustellen, das die Besatzungsmächte einst durchlöcherten. Damit sind wir wieder beim deutschen Staat alter Prägung. Ganz mulmig wird es erst, wenn die Sozialdemokratie solchen "staatspolitischen


Erwägungen" zustimmt. Sie stimmte 1914 für die Kriegskredite - bediente sich nach 1918 der Reichswehr und der Freikorps, kniff dann beide Augen zu, als die "schwarze" Aufrüstung begann - die Ergebnisse all dieser "staatspolitischen Erwägungen" sind geschichtsbekannt. Wir haben also einiges von der Zukunft zu erwarten!"

R e n a t e R i e m e c k :

Verweist auf die Ereignisse des Jahres 1933 und deren Folgen und erklärt: "...Eine historische Reminiscenz? Nein, ein warnendes Signal! Die Notstandsgesetze, die der Bundestag verabschieden soll, sind nicht nur genau so schlimm, wie ihre Gegner es seit Jahr und Tag behaupten. Sie sind noch schlimmer! Sie richten sich nicht nur gegen die paar Linken in unserem Lande. Sie werden dazu führen, daß man "notfalls" auf die Arbeiter schießen, gegen Streiks mit blanker Gewalt vorgehen, das noch vorhandene Recht auf die freie Meinung ersticken und die Oppositionellen - gleich welcher Färbung - hinter Gefängnismauern verschwinden lassen kann. Die totale Indienstnahme des Einzelnen für die Zwecke des "Staates" ist der Sinn der "Notstandsgesetze". Die Folgen braucht man sich nicht phantasievoll auszumalen. Man kann sie errechnen."

M a r t i n N i e m ö l l e r :

Meine Grundablehnung eines Notstandsgesetzes ist darin begründet, daß ich die Demokratie einerseits als die einzige Möglichkeit einer deutschen Zukunft betrachte und daß ich andererseits diese Demokratie, an der unsere Zukunft hängt, aufs Äußerste gefährdet sehe.

Das hat mit dem Verbot der Kommunistischen Partei angefangen, wobei es bekanntlich nicht geblieben ist. Man verfolgt jetzt bei uns in Deutschland bereits Gesinnungen, und zwar in einer sehr eindeutigen Weise: "Der Feind steht links!" Mit dieser Parole ist Deutschland schon einmal in die Katastrophe hineingeführt worden, und ich bin persönlich 

davon überzeugt, daß wir im Augenblick ganz dicht vor einer Wiederholung dieser Katastrophe stehen: kein Mensch will sehen, daß der Feind rechts steht, und daß wir nicht vor der Gefahr zu zittern haben, daß man uns zu Kommunisten macht, daß wir vielmehr nazistisch unterwandert werden und bereits weitgehend nazistisch und militaristisch unterwandert sind. Dies bedeutet nach meiner festen Überzeugung den Weg ins Verderben. Und das Notstandsgesetz wäre nichts anderes als ein weiterer Schritt auf diesem verhängnisvollen Wege. Das Resultat wäre die gesetzlich fixierte Allmacht der Mächtigen. Und das hat in der Geschichte der Völker und der Menschheit noch immer das Ende der Demokratie und der Menschlichkeit und stattdessen den Anfang des Totalitarismus und der Unmenschlichkeit bedeutet."

M a r t i n W a l s e r :

Der sogenannte Verteidigungsfall, den man doch besser gleich Krieg nennen sollte, ist eine Katastrophe, der mit keinem Notdienstgesetz zu steuern ist. Die gerade wieder aufblühende Luftschutz-Heuchelei etwa, nichts als schlechtestes Opium fürs Volk. Die Gefahr des Notdienst-Gesetzes liegt nicht in seiner Anwendbarkeit im Kriegsfall. Verglichen mit dem, was dann über uns hereinbrechen wird, sind die paar Freiheitsbeschränkungen wirklich harmlos. Die Gefahr liegt natürlich in den Situationen des "drohenden Verteidigungsfalles". So könnte sich der Staat genau jene Vollmachten zuspieren, die ein deutscher Staat fast nur mißbrauchen kann.

Im Ernstfall eine Farce, im drohenden Ernstfall eine Versuchung zum Mißbrauch, das ist das Notdienst-Gesetz."

H a n s E r i c h N o s s a c k :

"Über und gegen das deutsche Notstandsgesetz ist von politischer und juristischer Seite so viel Treffendes gesagt worden, daß man sich nur noch ganz privat dazu äußern kann. Ein Mann meines Alters, der noch dazu Schriftsteller ist, hat sich zu

fragen, wozu er zwei Kriege, zwei Hungersnöte, zwei Inflationen und noch dazu zwölf Jahre barbarischer Diktatur bestanden hat, wenn die Regierung seines Landes, statt mit dem Frieden zu rechnen und alles für seine Verwirklichung zu tun, den Krieg für unausweichlich hält. Nach dem, was wir hinter uns haben, ist eine solche Einstellung nicht mehr mit Vorsicht und Gutgläubigkeit zu entschuldigen. Wer den Krieg für unausweichlich hält, bejaht ihn und ruft ihn herbei..."

H e l m u t L i n d e m a n n :

"Die bisherigen Bemühungen um das Zustandekommen eines Notstandsgesetzes erinnern auf fatale Weise an ähnliche Bemühungen, mit denen die Bevölkerung der Bundesrepublik im Laufe der letzten zehn Jahre zuerst die Wiederaufrüstung überhaupt, danach die allgem. Wehrpflicht, schließlich die grundsätzliche Bereitschaft zur Ausrüstung mit Kernwaffen schmackhaft gemacht worden ist. Diese Bemühungen liefen und laufen immer wieder darauf hinaus, daß uns erklärt wird, ein richtiger Staat komme ohne dergleichen nicht aus - nicht ohne Armee, nicht ohne Wehrpflicht, zumindest im Ernstfall nicht ohne Kernwaffen und schließlich auch nicht ohne Notstandsgesetz. Merkwürdig parallel ist auch in allen diesen Fragen bisher das Verhalten der sozialdemokratischen Opposition gewesen: von entschiedener Ablehnung hat ihr Weg stets über hinhaltenen Widerstand, bedingte Zustimmung und langsam schwindende Vorbehalte zu aktiver Mitarbeit geführt."

L i n u s P a u l i n g : "Zivilverteidigung, der Bau von Luftschutzkellern und ähnlichen Dingen ist Schwindel! Zivilverteidigung ist eine Art Militarismus, weil das falsche Gefühl der Sicherheit beitragen kann, die Kriegsgefahr zu vergrößern."

O b e r b ü r g e r m e i s t e r K l e t t , S t u t t g a r t :

"Wenn es zur Annahme und Durchführung des vorliegenden Bündels von Notstandsgesetzen kommt, dann werden alle Pläne für den Ausbau der Schulen, Krankenhäuser, Straßen, Sozialeinrichtungen, Sportplätze usw. zunichte gemacht."

Die Ruhe vor dem Sturm

- Situation und Aufgabe -

Warum wir hier und jetzt so ausführlich zu der Bedrohung einer umfassenden Notstandsgesetzgebung Stellung nehmen? - Man hört doch zur Zeit kaum etwas davon, es ist doch Ruhe? Ja, es ist die Ruhe vor dem Sturm! Denn die Regierenden in Bonn haben die Bundestagsferien keineswegs verschlafen!

Herr Erhard und sein Kabinett basteln z.Z. verbissen an sogenannten Stabilisierungsgesetzen, die nichts weiter als ebenfalls das Grundgesetz antastende Notstandsgesetze auf ökonomischem Gebiet sind. Gesetzliche Maßnahmen, um Wirtschaft und Finanzen unter autoritäre Regierungskontrolle zu bringen, zwingend verordnetes "Maßhalten", Drosselung der zivilen Produktion und des Konsums zugunsten "staatswichtiger" Investitionen und Produktionen mit unabsehbaren Folgen für den Lebensstandard jedes Einzelnen und Eingriffen in den Arbeitsmarkt zugunsten der Konzerne und Unternehmer.

Warum wohl will gerade jetzt ein gewisser Herr Strauß gerne Wirtschafts- oder (und) Finanzminister werden?

Warum gerade jetzt diese hektischen Bemühungen? - Niemand sollte sich darüber täuschen: jedwede Stabilisierung der maßlos für Rüstung und Großmachtstreben verschwendeten Bonner Finanzen kann nur auf dem Rücken der arbeitenden und Werte schaffenden Bevölkerung vollzogen werden. Soll die Devise des Naziverbrechers Göring "Kanonen statt Butter" erneut bestimmende Geltung erlangen?

Und Minister Lücke, der das "fabelhafte" Gesetzeswerk zur schonungslosen Ausbeutung Besitzloser (also der Mieter von Wohnraum) ausgetüftelt und zu verantworten hat, feilte indessen an den geheingehaltenen, am tiefsten einschneidenden Verordnungen des Notstandspaketes, den sogenannten Schubladengesetzen, die, eben weil sie grundgesetz- und verfassungswidrig sind, nur nach Liquidierung maßgeblicher Grundrechte Gesetzeskraft erlangen können.

Darum geht es jetzt, das kommt unweigerlich auf uns alle zu und kurz über lang werden die Bundestagsabgeordneten vor die Entscheidung gestellt sein, den verhängnisvollsten Schritt in der deutschen Nachkriegsgeschichte zu tun oder abzuwehren.

Zu letzterem ist die reale Möglichkeit gegeben: Wenn die Abgeordneten der SPD, von denen die übergroße Mehrheit zugleich dem DGB angehört, der Stimme ihres Gewissens und ihren gewerkschaftlichen Verpflichtungen den Vorrang vor den Verlockungen Bonner Großmachtstrebens geben, dann wird das demokratische Grundgesetz unangetastet bleiben und damit die Inkraftsetzung einer umfassenden Notstandsgesetzgebung zu Fall gebracht!

Leider sind maßgebliche Führer der Sozialdemokratischen Partei nur allzusehr dem Staatsmachtwahn Bonner Prägung verfallen, als daß sie daran nicht teilhaben wollten. Werden sie es wagen, sich über die elementaren Freiheits- und Lebensrechte ihres Volkes hinwegzusetzen und auch diesen demokratiefeindlichen Schritt tun? - Nach allen bisherigen Erfahrungen werden sie es tun, werden sie sich der Forderung des neuernannten Generalinspektors der Bundeswehr, des ehem. Hitler-Offiziers de Maizière "Der wichtigste Schritt ist die Verabschiedung der Notstandsgesetze" beugen, wenn sie nicht durch den massiven Widerstand der Gewerkschaften und aller verantwortungsbewußten demokratischen Mitbürger daran gehindert werden!

Darum geht es heute und morgen! Diesen Widerstand zu verbreitern und umfassend zu stärken ist die Aufgabe der Stunde für jeden Demokraten, für jeden, dem Freiheit und Frieden verteidigungswerte Güter sind.

Erst recht steht diese Aufgabe für jeden, der in der Vergangenheit die Folgen jener damaligen Ausnahme- und Diktaturgesetze zu tragen hatte, für jeden antifaschistischen Widerstandskämpfer, für jeden durch die faschistische Gewaltherrschaft Verfolgten.

Protest gegen SS-Treffen

Gegen die in Rendsburg / Schleswig-Holstein und Bad Windsheim / Bayern geplanten SS-Treffen erhob unsere Organisation bei den zuständigen Innenministern sowie bei den Bürgermeistern der beiden Städte schriftlichen Protest. Hier der Wortlaut des Schreibens an den Innenminister Bayerns:

Sehr geehrter Herr Minister!

Wie wir erfahren, soll am 18. September in Bad Windsheim ein Treffen der "6. SS-Gebirgsdivision Nord und Kampfgruppe Nord", als angebliches Suchtreffen deklariert, stattfinden.

Tatsächlich handelt es sich um eine Demonstration von Leuten, die der vom Nürnberger Gerichtshof als im vollen Umfange als verbrecherisch verurteilten SS angehörten, deren friedensstörender Charakter offensichtlich ist. Alle in- und ausländischen Widerstandskämpfer, alle einstmals von der SS so barbarisch Verfolgten und die Hinterbliebenen der durch Hitlers "Elite-truppe" Gemordeten können das nur als eine Provokation und als eine Beleidigung und Diffamierung ihrer Toten aufnehmen.

Zudem dienen solche Veranstaltungen, wie sich aus bereits früher durchgeführten erweist, der öffentlichen Propagierung der Völker- und Revanchehetze. Grundgesetz und Verfassung aber bestimmen, daß öffentliche Bekundungen der Völker- und Revanchehetze, die das friedliche Zusammenleben der Völker stören, zu verbieten und unter Strafe zu stellen sind. An dem friedensstörenden Charakter dieser Demonstration der heute in der HIAG organisierten "Elitemänner" Hitlers, deren Weg über Millionen Ermordete in fast ganz Europa führte, bestehen keine Zweifel.

Aufgrund des hier Dargelegten ersuchen wir Sie, Herr Minister, in Wahrung der Verfassung das für den 18. September in Bad Windsheim geplante SS-Treffen zu verbieten.

Mit vorzüglicher Hochachtung
V V N W e s t b e r l i n
Vorstand

Während das Windsheimer SS-Treffen "vertagt" wurde, fand das Rendsburger trotz der vielen Proteste in einer Halle statt. Auf unseren Protest hin erhielten wir vom Landrat des Kreises Rendsburg ein Schreiben, in dem es u. a. heißt: "...Ihrer Forderung, die Veranstaltung der HIAG zu verbieten, vermag ich nicht zu entsprechen. Nach Art. 8 des Grundgesetzes haben alle Deutschen das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln. Soweit das Gesetz...die Möglichkeit des Verbots von Versammlungen und Aufzügen vorsieht, liegen die hierfür erforderlichen Voraussetzungen nicht vor. Ein Umzug bzw. Schweigemarsch wie in den Vorjahren wird nicht durchgeführt. Es ist lediglich eine private Halle für eine geschlossene Veranstaltung angemietet worden. Wie bisher wird die Veranstaltung...seitens der zuständigen Polizeibehörden überwacht werden. Bei Verstößen...wird die Polizei erforderlichenfalls die geeigneten Maßnahmen ergreifen." - - -

So decken verantwortliche bundesdeutsche Behörden, fein durch entsprechende Paragraphen bemäntelt, die heutige grundgesetzwidrige und die Demokratie gefährdende Wühlarbeit der in der HIAG organisierten SSler, die mit ihren untilgbaren Verbrechen soviel Leid verschuldet haben.

Gedenkfeiern in Westberlin

Wie alljährlich, gedachten diesmalig am Sonnabend, dem 10. September, zahlreiche Mitglieder der VVN Westberlin, Vertreter mehrerer demokratischer Organisationen und auch zahlreiche Einzelpersonen an der Gedenkstätte Plötzensee der hier ermordeten wie aller Opfer der Nazibarbarei. Zahlreiche Kränze und Sträuße wurden niedergelegt.

In einer kurzen Ansprache führte der Vorsitzende der VVN Westberlin, Karl Winkel aus:

"Wie in jedem Jahr ehren wir in der zweiten Woche des September an diesem Ort die Opfer des Faschismus mit dem Gedanken und unauslöschlichen Willen, daß sich Faschismus und Krieg nie wiederholen dürfen, daß von deutschem Boden nie wieder ein Krieg ausgehen darf.

Das zwingt uns, den Blick nach vorn zu richten und äußerst wachsam die Begebenheiten der Gegenwart zu verfolgen. Alle Widerstandskämpfer gegen den Faschismus, alle Verfolgten des Naziregimes und alle Antifaschisten müssen es als eine ehrenhafte Aufgabe ansehen, unentwegt Warner und Mahner zu sein. Denn wir haben leider wenig Veranlassung, auch nur eine Sekunde in diesem Wirken nachzulassen.

Es sind doch unheilvolle Signale, zu wissen, daß die nach 1945 so schmählich in die Rattenlöcher gekrochenen belasteten Getreuen Hitlers heute über die Hintertreppe salonfähig gemacht wurden, daß sie, geschützt und gefördert, hohe verantwortliche Ämter im gesamten gesellschaftlichen Leben einnehmen dürfen. Und daß statt ihrer verdiente deutsche Patrioten und Widerstandskämpfer wiederum verfolgt und vor die Gerichte gezerzt werden, daß der international anerkannte Antifaschist Emil Bechtle zu 12 Monaten Gefängnis verurteilt werden konnte. Das fordert, angesichts des Gedenkens an unsere ermordeten Kameraden, unseren schärfsten Protest heraus und wir fordern als VVN Westberlin die Aufhebung dieses Unrechtsurteils.

Es kann auch nicht ohne Empörung und Protest hingenommen werden, daß wiederum in diesem Monat die antidemo-

kratischen und verfassungsfeindlichen SS-Organisationen in Rendsburg und Windsheim aufmarschieren wollen. Wir fordern auch hier das Verbot dieser schandbaren SS-Treffen.

Und noch eins: Hitler erließ zur Vorbereitung seiner räuberischen Absichten das Ermächtigungsgesetz. Die heute mit soviel verdächtigem Eifer und Hartnäckigkeit auf die Tagesordnung gesetzten Notstandsgesetze haben in ihrem Inhalt eine beängstigende Ähnlichkeit damit.

Dies alles sind unheilvolle Signale! Es gilt darum für alle Antifaschisten und Demokraten, die humanistischen und demokratischen Grundsätze der Verfassung zu schützen und zu verteidigen, wenn Deutschland nicht noch einmal in ein schreckliches Inferno gleiten soll.

Diesem Ziele zu dienen entspricht dem Vermächtnis unserer teuren Toten."

Am Vormittag des 11. September hielt der Bund der politisch, rassisch und religiös Verfolgten an der Gedenktafel für die von hier aus deportierten Opfer des Rassenwahns auf dem Güterbahnhof Grunewald eine Feierstunde ab, an der ebenfalls viele Mitbürger teilnahmen. Auch an dem Ehrenmal vor dem Rathaus Wittenau wie auch an anderen Stellen wurden in diesen Tagen Blumen zu Ehren der Opfer des Faschismus niedergelegt. Bereits am 8. September, dem Todestage Julius Fuciks, hatte unsere Organisation das Andenken dieses bedeutenden tschechoslowakischen Widerstandskämpfers durch Niederlegen eines Kranzes an seiner Hinrichtungsstätte in Plötzensee geehrt.

Erneute Rechtsverletzung

Leider schreckte man auch in diesem Jahr nicht davor zurück, sich an den in Plötzensee niedergelegten Kränzen zu vergreifen. Durch den Senat beauftragte Polizisten entfernten jene Teile der Schleifen, die die Herkunft der Kränze ausweisen. Zu diesem Vorgehen hatten wir bereits im Jahre 1963 erklärt: ... Diese jeden gerecht

denkenden Menschen empörende Verletzung des Andenkens der hier Ermordeten war jedoch nicht von irgendwelchen Grabschändern vorgenommen worden, sondern auf höhere Weisung von Polizeibeamten. Die Verantwortung für diesen willkürlichen Eingriff, mit dem nicht nur rein menschliches Empfinden sondern auch verfassungsmäßiges Recht grob verletzt wird, fällt auf den Senator für Sicherheit und Ordnung, Herrn Heinrich Albertz; auf einen politisch Verantwortlichen der zudem von Haus aus Theologe ist.

Das jedoch zeigt nur, daß der blindwütige Antikommunismus, der die wirkliche Ursache für die gespannten Verhältnisse in unserer Stadt ist und alle hier Lebenden bedroht, nicht einmal vor der Herabsetzung des ehrenden Gedenkens für jene Toten Halt macht, die ihr Leben für eine demokratische und friedliche Zukunft Deutschlands opferten...

Seither aber, seit 1963, hat sich auch in Westberlin manches verändert, die krassesten Auswüchse des kalten Krieges haben einer vernünftigeren Atmosphäre Platz gemacht. Umso unverständlicher erscheint daher das Festhalten des Herrn Bürgermeisters Albertz an so unwürdigen Eingriffen. Es ist daher zu begrüßen, daß in diesem Jahr nun auch andere Organisationen und auch viele Einzelpersonen dagegen Protest erhoben.

In dem Protestschreiben, das Sozialpfarrer von Hammerstein, der Gefängnispfarrer von Plötzensee, Johannes Müller und Pfarrer H. N. Nevermann im Namen der "Aktion Sühnezeichen" dieserhalb an Bürgermeister Albertz richteten, heißt es u.a.:

"... Schließlich haben kommunistische Widerstandskämpfer mit Christen, Gewerkschaftern und Angehörigen anderer Gruppen oft gemeinsam in den KZ gelitten und gemeinsam für die Wiederherstellung von Menschlichkeit und Frieden Pläne gemacht.

Auch in Plötzensee selbst sind Kommunisten umgebracht worden. (Darüber gibt es eine sehr lange Liste von Namen; d.Red.) Sollen diese Opfer jetzt verfemt werden? Das ist sicherlich nicht im Sinne der Widerstandsbewegung und unserer demokrati-

schen Tradition. Wir bitten, uns mitzuteilen, welche rechtliche Grundlage für die Entfernung der Schleifen vorhanden ist..."

Tatsächlich gibt es keinerlei Rechtsgrundlage für ein solches Vorgehen, und jeder Einzelbürger, der dergleichen täte, würde dafür zu Recht gerichtlich bestraft werden.

Selbst der "Tagesspiegel" rückt am 16. September in einer nicht gerade sehr geschmackvollen Polemik von solchen Praktiken ab, indem er zum Schluß seiner Betrachtung schreibt: "... Wir meinen, an einem Kranz gibt es überhaupt nichts herumzuschneiden. Man kann nicht Blumengebinde tolerieren und ihre Herkunftszeichen zensieren. Es sei denn, die Schleife würde zu formulierter Propaganda mißbraucht. Dann sollte man sich nicht scheuen, den Kranz überhaupt zu entfernen. Aber solche Fälle hat es bisher nicht gegeben."

All das, die sich mehrenden Proteste und die rechtlichen Einwände gegen dieses von Bürgermeister Albertz zu verantwortende Vorgehen, veranlaßte den Senat nun am 17. September, davon abzurücken. Vor der Presse gab Bürgermeister Albertz die Versicherung ab, daß "eine solche Praxis nicht aufrechterhalten werde". - Sie wäre auch mehr als unpopulär und unvernünftig.

NÜTZLICH FÜR WEN?

Wir haben eine sehr reisefreudige Bundesregierung. Ständig sind Minister, Staatssekretäre und Bundestagsabgeordnete offiziell, halboffiziell oder privat unterwegs. Landen sie dann auf dem heimatlichen Flughafen, gehört ein kurzes Interview zu den üblichen Gepflogenheiten. Das Vokabular dieser Kurzberichte ist knapp und klar: "Die Begegnung war nützlich und fruchtbar!" Die Frage ist nur: Für wen? - Wenig später wird dann zumeist eine Aufstellung über zugesagte Rüstungskäufe und Besatzungskosten veröffentlicht.

Herr Gerstenmaier und die unschuldigen Steine

Als ein merkwürdiger Freund der "Wiedergutmachung" zeigte sich Bundestagspräsident Dr. Gerstenmaier bei seinem kürzlichen Besuch Israels. In Jerusalem gab er das absurde Versprechen ab, ein in Westberlin gelegenes Haus dem Erdboden gleichmachen zu lassen. Es handelt sich dabei um das in der Straße Am Großen Wannsee Nr.56 stehende Gebäude, in dem im Januar 1942 die berüchtigte "Wannseekonferenz" tagte. Also jene Tagung der "Endlöser", auf der im Auftrage Görings und unter Vorsitz Heydrichs die Vernichtungspläne für 11 Millionen in Europa lebende Juden beraten und beschlossen wurden.

Das betreffende Gebäude dient seit nunmehr 15 Jahren einem sozialen Zweck, es ist das heutige Schullandheim des dichtbesiedelten Bezirks Neukölln und Tausende von Großstadtkindern haben hier in freundlicher Umgebung Erholung gefunden. Das soll nun aufhören, das Haus soll abgerissen werden, weil ein Herr Gerstenmaier das so will! ?

Erstens einmal geht dieses in Westberliner Besitz befindliche Grundstück und Gebäude den Bonner Politiker überhaupt nichts an; er hat hierüber weder Besitz- noch Verfügungsrecht. Diese Rechte hat allein der Senat zu vertreten und wahrzunehmen.

Zweitens hätte der Bundestagspräsident in Bezug auf eine ehrliche Wiedergutmachung viel Dringlicheres zu tun, nämlich dafür zu sorgen, daß jene Leute aus dem öffentlichen Leben der Bundesrepublik entfernt und zur Verantwortung gezogen würden, die an der Massenermordung jüdischer Menschen direkten und verantwortlichen Anteil haben, sich aber nichtsdestoweniger heute hoher Positionen oder zumindest fetter Staatspensionen erfreuen können. Ihrer aller Namen hier zu nennen verbietet ihre große Zahl. Aber hat man jemals davon gehört, daß sich Herr Gerstenmaier für die Entfernung des inzwischen pensionierten Dr. Globke eingesetzt hätte, oder daß er sich heute für die Entfernung des schwerbelasteten und dennoch amtierenden

Staatssekretärs Vialon einsetzt ? Oder ist je bekannt geworden, daß er etwa für eine Nichtverjährung aller der scheußlichen Naziverbrechen eingetreten wäre ?

Hier hätte Herr Gerstenmaier, gerade in Würdigung der Verantwortung seines hohen Staatsamtes, ein reiches Feld für Wiedergutmachung durch die Tat. Diesen vermeintlichen Willen aber an unschuldigen Steinen abreaktieren zu wollen, ist nichts als nackte Demagogie.

Kaum anders sind seine Äußerungen zu werten, die er dann auf dem Jüdischen Weltkongreß in Brüssel machte. Er sprach dort u. a. von der Blutschuld, die auf allen Deutschen lastet - so als ob es nicht viele Tausende Deutsche gegeben hätte, die gegen den Judenmord auftraten, jüdische Mitbürger schützten und dafür die eigene Freiheit einsetzten oder gar ihr Leben opferten!

Wenn Gerstenmaier dann in bewegten Worten des weiteren erklärte, daß die verruchte Vergangenheit überhaupt kein Mensch bewältigen könne und daß man deshalb den Blick nach vorn richten solle, dann kann man das nach all dem zuvor Festgestellten nur als ein Ablenkungs- und Ausweichmanöver werten. Wer, wie er, sich schützend vor viele Judenverfolger stellt, wer die Tatsache der eben nicht bewältigten Vergangenheit mit so verschleiernenden Pauschalklärungen zu überdecken sucht, der unternimmt damit nur den Versuch, die eigene Verantwortung abzuwälzen und sich dieser notwendigen Aufgabe zu entziehen.

Damit aber ist weder den Belangen des deutschen Volkes noch denen der jüdischen Menschen und schon garnicht dem guten Verhältnis zwischen Deutschen und Juden gedient.

Wer kann diesem Mann, der seit vielen Jahren das zweithöchste Amt im Bonner Staat bekleidet, denn überhaupt noch Glauben schenken ? -

Abgeordnetenhaus und Senat haben am 15. September den Abriß des jetzigen Landschulheims abgelehnt.

Wolfgang Langhoff zum Gedenken

Antifaschisten in allen Ländern kennen und singen heute "Das Lied von den Moorsoldaten". Kamerad Wolfgang Langhoff, der namhafte Bühnenkünstler war es, der dieses Lied als bleibendes Vermächtnis seiner und seiner Kameraden Haftzeit im KZ Börgermoor der Welt draußen bekanntmachte. Er war es auch, der als einer der ersten der freien Welt authentische Kunde von den KZ-Verbrechen der Hitlerfaschisten in seinem 1935 in der Schweizer Emigration veröffentlichten Buche "Die Moorsoldaten" machte.

Nun wurde am 25. August dem kämpferischen und erfolgreichen Leben dieses bedeutenden antifaschistischen Künstlers ein Ende gesetzt. Seine künstlerischen Leistungen als Schauspieler und Intendant fanden breiteste Anerkennung, wurden durch hohe Auszeichnungen geehrt und anlässlich seines Todes in beiden deutschen Staaten wie im Auslande gewürdigt. Ihm ist vor allem zu danken, daß er in seiner langjährigen Wirksamkeit als Intendant des Deutschen Theaters und der Kammerspiele in Berlin die humanistischen Traditionen dieser Häuser bewahrte und weiterentwickelte, beispielgebend als Schauspieler wie als Lehrer einer ganzen Generation von Bühnenkünstlern in der Deutschen Demokratischen Republik.

All sein Wirken aber war getragen von seiner gütigen Menschlichkeit und seiner sich von Jugend an bewährenden engen Verbundenheit mit der deutschen Arbeiterbewegung. So war Wolfgang Langhoff auch der berufene Sprecher des Gelöbnisses von Buchenwald anlässlich der Weihe der Mahn- und Gedenkstätte. Stets fand sich Kamerad Langhoff trotz seiner schweren Arbeitslast als Intendant und Schauspieler zu politischem Einsatz bereit. Sehr vielen Veranstaltungen, auch unserer VVN, bei denen es um die Verteidigung von Freiheit und Frieden ging, verhalf er durch seine Mitwirkung als Sprecher zum Erfolg.

Im Alter von erst 65 Jahren ist Wolfgang Langhoff nun aus seinem rastlosen Leben abberufen worden. Wir alle schulden ihm, dem antifaschistischen Kämpfer und bedeutenden humanistischen Künstler, sehr viel Dank.

Ein empörender Beschluss

Der in Berlin lebende Maler Arie Goral hatte im Januar d.J. gegen den Herausgeber der "Deutschen National- und Soldaten-Zeitung", Dr. G. Frey, Strafanzeige in München erstattet. Anlaß dazu waren 2 Artikel, "Gaskammer-Schwindel aufgedeckt" und "Die Lüge von 6 Millionen ermordeten Juden", die das berüchtigte Blatt am 7. bzw. 21. Jan. d.J. veröffentlicht hatte. Diese Titel allein erfüllen schon den Straftatbestand der "Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener", ganz zu schweigen von ihrem verleumderischen Inhalt. Jedoch die Staatsanwaltschaft beim Landgericht in München ist da ganz

anderer Auffassung. Auf wiederholte Anfrage teilte sie am 8. September (!) endlich mit, daß die Strafanzeige zurückgewiesen und kein Ermittlungsverfahren gegen Dr. Frey eingeleitet wurde. Gegen diesen empörenden Beschluß hat Herr Arie Goral jetzt die Strafverfolgungsbehörde bei dem Oberlandesgericht in München angerufen. Auf das Ergebnis darf man gespannt sein. - Was muß erst noch geschehen, bis sich eine dem demokratischen Recht verpflichtete Strafverfolgungsbehörde veranlaßt sieht, zumindest ein Ermittlungsverfahren gegen die notorischen Rechtsverletzer von der "DNSZ" durchzuführen?

Robert Reinhard: Die „sogenannte“...

Am 7. Oktober feiern Regierung und Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik den 17. Jahrestag der Gründung ihres Staates, der heute unter den Industrie-Nationen der Erde den achten Platz errungen hat. Dennoch wird dieser deutsche Staat von der Regierung des anderen deutschen Staates, der Bundesrepublik, als noch immer nicht existierend angesehen. Mit diesem staatsgeschichtlichen Novum befaßt sich die nachfolgende Betrachtung eines Bundesbürgers.

Bei uns in Deutschland gibt es etwas, das es nicht gibt! Das ist zwar wider die aristotelische Logik. Aber es fällt in den Bereich der Politik, da stört Unlogik so manchen nicht besonders! Es gibt aber dieses Etwas, obwohl unsere Oberen kategorisch feststellen, daß es dieses Etwas nicht zu geben habe: die DDR. - Mißachtung des Willens der Oberen ist in Deutschland freilich ein arges Ding, ein ärgeres jedenfalls als alle Unlogik. Und dieses Etwas, die DDR, besteht sogar schon fünf Jahre länger als das braune Dritte Reich, als dessen Rechtsnachfolger unsere Bonner Großkopfen sich sehen und gerieren.

Dieses schizophrene politische Denken hat unsere Regierenden nicht daran gehindert, mit diesem Etwas, das es garnicht gibt, im Laufe der Jahre etwa 160 Abkommen und Verträge abzuschließen! Darunter befinden sich recht gewichtige Abkommen, zum Beispiel solche über den Interzonenhandel. Oder es gibt Abkommen der Bundesrepublik mit diesem nicht existierenden Staat über Verkehrswege, die durch das Gebiet dieses Nichts führen. Es gibt Abkommen über Rechtshilfe bei der Verfolgung von Verbrechern, über Postaustausch usw. Und bei allen diesen Abkommen und Verträgen unterzeichnen Beamte, die staatliche Beglaubigungsschreiben vorweisen müssen und als Unterzeichner staatliche Hoheitsrechte repräsentieren. Dennoch: die DDR, der wir bereits durch etwa 160 staatliche Aktionen die Existenz bescheinigt haben, gibt es nicht!

Es gibt sie nicht, obwohl ihre Unterschrift mit jener der Bundesrepublik unter dem Moskauer Atom-Test-Stopp-Vertrag von 1963 steht. Es gibt sie nicht, obgleich der Außenminister der DDR und jener der Bundesrepublik im Frühjahr und Herbst 1959 an der

Genfer Konferenz der Großmächte gleichberechtigt teilnahmen. Es gibt die DDR nicht, obwohl sie durch beauftragte, bevollmächtigte Vertreter und auf Einladung des Politischen Ausschusses der Vereinten Nationen Teilnehmer der Pariser Deutschland-Konferenz vom Dezember 1951 war. Damals sprach DDR-Minister Bolz vor diesem hochbedeutsamen Ausschuß der UN, dessen Vertreter - auch die amerikanischen, englischen und französischen! - die Rede des Ministers einer nichtexistenten Staatsmacht anhörten.

Es gibt die DDR nicht, aber ihre Delegation nahm mit jener der Bundesrepublik im April 1953 an der Genfer OST-WEST-Handelskonferenz teil. Es gibt sie nicht, wenngleich auch ihr Rotes Kreuz bereits seit 1954 dem Internationalen Roten Kreuz angehört, ihr Eisenbahnverband ebenfalls seit 1954 im internationalen Eisenbahnverband sitzt und - zusammen mit der bundesdeutschen Vertretung - seit Jahren an allen internationalen Fahrplankonferenzen teilnimmt.

Dieses Nichts, die DDR - das einige Nichts der Welt, das einen Namen hat! - ist vertreten in Genf beim Exekutiv-Sekretär und Sekretariat der UN-Wirtschaftskommission für Europa. Nein, die DDR gibt es nicht, obwohl die diplomatischen Vertreter beider deutscher Staaten einander nicht nur auf Empfängen und Bällen in Moskau begegnen. Denn die DDR unterhält - außer ihren Botschaften in den sozialistischen Ländern - eine Handelsmission in Finnland, Generalkonsulate in Burma, Indonesien, Kambodscha, im Irak, in Syrien und Ägypten - wobei jedermann weiß, daß diese Generalkonsulate der DDR nicht nur pro forma von Botschaftern geleitet werden. Die "Kammer für Außenhandel" der DDR hat ihre Vertretun-

gen in Belgien, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Island, Italien, Holland, Norwegen, Österreich, Schweden, in der Türkei. Den ersten Handelsvertrag mit einem "westlichen" Land schloß die DDR wenige Tage nach ihrer Gründung, im Oktober 1949, mit Finnland. Es folgten Handelsverträge mit weiteren "westlichen" Ländern: Ägypten, Griechenland, Frankreich, Libanon, Österreich, Türkei, Indonesien, Uruguay, Holland, Island, Schweden, Argentinien, Indien, Norwegen, Italien, Kolumbien, Belgien, Burma, Sudan, Großbritannien, Chile, Syrien, Irak, Jemen, Ghana, Guinea, Mali, Marokko, Tunesien, Algerien. Dennoch, es bleibt dabei, diese DDR gibt es nicht!

Allerdings ist dieses Nichts durch Funktionäre, Techniker, Wissenschaftler, Ministerialbeamte, Institutionen in mehr als 200 nichtstaatlichen internationalen Organisationen vertreten. Vom internationalen Reitsportverband abgesehen, gehört die DDR allen 45 internationalen Sportverbänden und dem internationalen Olympischen Komitee an. Es ist vorge-

kommen, daß Mannschaften des nicht existenten ostdeutschen Staates gegen die der Bundesrepublik um internationale Meistertitel kämpfen mußten. Wir erinnern uns noch, daß die DDR-Wasserballer durch ein Spiel gegen die Bundesrepublik die Weltmeisterschaft errangen. - Wen soll das alles schon stören? Wir haben unsere Fiktionen und damit basta!

Und damit basta? Es handelt sich doch nicht um den Altersstarrsinn eines Greises. Es geht vielmehr um die Politik unserer Regierung, die eine Bündniskonstellaton, ein (atomares) Rüstungsvolumen und eine Formierung der inneren Ordnung in der Bundesrepublik mit dem Ziel anstrebt, gegebenenfalls ihre Konzeption mit Gewalt durchzusetzen. Darin steckt der Krieg, unser aller Untergang. Darum gilt es, Catos berühmtes Wort abzuwandeln: diese Politik muß zerstört, durch eine andere, friedliche ersetzt werden, die von den Realitäten ausgeht und bestrebt ist, unsere Probleme im Verhandlungswege zu lösen.

SOLIDARITÄT MIT VIETNAM

Am 17. September richtete die VVN Westberlin an den Ständigen Ausschuß für Frieden, nationale und internationale Verständigung in Berlin 41, Wielandstr. 22, das folgende Schreiben:

Sehr verehrte Damen und Herren!

Die Widerstandskämpfer gegen Faschismus und Krieg und die Verfolgten des Naziregimes sind zutiefst empört über die nicht nachlassenden ungeheuerlichen Grausamkeiten und Verbrechen, die durch den Krieg der USA an dem tapferen, um seine Freiheit kämpfenden vietnamesischen Volk verübt werden.

Diesem Volk gehört unser aller uneingeschränkte Sympathie. Mit der Übersendung von DM 1.000.- auf das Konto "Hilfe für Vietnam" bekunden die Mitglieder der VVN Westberlin abermals ihre herzliche Solidarität - und zugleich den schärfsten Protest gegen den schmutzigen Krieg der USA in Vietnam, durch den alle elementaren Begriffe von Humanismus und Frieden, von Nichteinmischung und Freiheit mit Füßen getreten werden.

Mit solidarischen Grüßen

gez. Karl Winkel Vorsitzender

Der Geist der NPD

Man möchte uns noch immer weis machen, daß es sich bei der 'Nationaldemokratischen Partei Deutschlands' (NPD) um eine demokratische Partei handele, die fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehe. Doch wes Geistes diese Partei in Wahrheit ist, erweist sich unwiderlegbar aus der Vergangenheit ihrer Vorstandsmitglieder. Dazu gehört u.a. ein gewisser Emil Maier-Dorn, der ohne Frage eine "stattliche" Vergangenheit aufzuweisen hat: Mitglied der NSDAP seit 1930; von 1933 bis 1945 Leiter der Gauschulungsbürg Schwaben und Reichsschulungsleiter im Amt für Technik, Reichsschulungswart des NS-Bundes Deutscher Techniker, KdF-Gauwart und SA-Truppführer.

Dieser vielengagierte und daher "unabkömmliche Heimkrieger" zählt heute zu den aktivsten Rednern der NPD. Auch damals bestand seine Tätigkeit vorwiegend im Reden und Schreiben. Und was er damals schrieb, das blieb schwarz auf weiß erhalten und kündigt nun von dem Geiste dieses "Demokraten". Aus seiner Feder stammt ein Aufsatz "Front, Soldat und Rüstungsarbeiter", der 1942 in dem Buch "Front in der Heimat - das Buch des deutschen Rüstungsarbeiters" veröffentlicht wurde.

Aus Raumgründen können hier nur einige Zitate des bewährten "geistigen Rüstungsarbeiters" aus seiner Kriegsverlängerungsfibel wiedergegeben werden. So finden wir auf Seite 176 folgendes Bekenntnis:

"... Wir haben rechtzeitig Kanonen statt Butter beschafft. Der deutsche Soldat weiß heute, daß sein Leben nicht gefährdet ist durch den Mangel an rechtzeitigen Maßnahmen der Führung auf dem Gebiet der Rüstung. Das sah der Führer von Anfang an als den Auftakt zur Erreichung einer deutschen Weltmachstellung an... Heute kann man nicht mehr einfach die Politik des Friedens mit der Gewalt weiterverfechten, mit einer Kriegsmacht, welche einfach 'vorhanden' ist, sondern muß das Leben des Friedens - mit dem ausschließlichen Ziele, der großen Prüfung gewachsen zu sein - sorgfältig durchbilden, so straff, so

unerschütterlich machen, daß zu jeder Stunde das Volk in den totalen Krieg eintreten kann..." - (Man kann sich vorstellen, daß dieser greuliche nazistische Durchhalteerguß des Herrn Maier-Dorn manchen bundesdeutschen Ohren im Stadium der Notstandsvorbereitungen durchaus sympathisch klingt.)

Doch es kommt noch besser, auf Seite 184: "... Viele weise Maßnahmen vermeiden heute eine Wiederholung solcher berechtigter Kritik an der Heimatfront. Fortgefegt ist das jüdische Schmarotzertum, unter schwerster Strafe gestellt der Kriegsgewinnler, unmöglich gemacht die verbrecherische jüdische Zentralorganisation der Wirtschaft, wie damals unter dem Juden Walter Rathenau. Hamstern und Schieben, damals die verbreitetsten Schlagworte, sind unterbunden..."

Auf Seite 186: "... Die Hetzer sind ausgerottet. Der Grund zur Klage vermieden. In vollkommen seelischer Geschlossenheit steht die Heimat würdig neben dem eisern disziplinierten Soldatentum. Der Marxismus ist ausgelöscht. Der deutsche Arbeiter lebt heute von ganzem Herzen wieder der Nation zugetan, wissend, es geht für alle Blutsbrüder um das Leben, um die Freiheit. Millionen, denen der Führer wieder Arbeit gegeben hat, schenken nunmehr dem Obersten Befehlshaber der deutschen Wehrmacht ihre Kraft für die Rüstung des deutschen Soldaten..."

Und auf Seite 191: "... Von der geschlossenen deutschen Nation wird ein guter Krieg für eine gute Sache geführt, und ein guter Friede wird diesem Kampf folgen. (!) vor dem kommenden Aufbau des ersten sozialen Volksstaates der Erde wird aber der deutsche Arbeiter mit dem deutschen Soldaten noch etwas besonders Herrliches vollbringen: zu helfen, daß der Genius Adolf Hitler jenes Schwert führen kann, das seinen Feldherrnrühm erstrahlen läßt bis in die fernsten Tage der deutschen Zukunft!" -

So sprach der "Demokrat" Emil Maier-Dorn, heutiges Vorstandsmitglied der NPD. - - Wer Ohren hat zu hören, der höre!

Erfolg gegen die Nazi Ziegler und Schütz

- Der Maler Arie Goral konnte sich mit einer Klage durchsetzen -

Am 14. Sept. 1965 hatte der in Berlin lebende Maler Arie Goral einen Strafantrag gegen den Verfasser des 1964 erschienenen Buches "Adolf Hitler aus dem Erleben dargestellt", Hans Severus Ziegler und dessen Verleger Waldemar Schütz gestellt. Goral beantragte u.a., die gesamte Auflage des Buches zu beschlagnahmen.

Nach einem Zwischenbescheid der Göttinger Staatsanwaltschaft im Dezember 1965, erhielt nun Arie Goral auf seine erneute Anmahnung hin im September 1966 folgende Antwort:

"Auf Ihre Eingabe vom 2. 9. 1966 teile ich mit, daß auf hiesige Veranlassung durch Gerichtsbeschuß die Beschlagnahme aller im Besitz des Herausgebers und des Buchhandels befindlichen Exemplare des inkriminierten Buches angeordnet worden ist. Die Beschlagnahme ist im Bundesgebiet durchgeführt worden.

Das strafrechtliche Ermittlungsverfahren dauert an." -

Als das den Nazismus verherrlichende Buch 1964 erschien, wurde es zwar in zahlreichen Besprechungen in den verschiedensten Organen wegen seines Inhalts und wegen seines Verfassers abgelehnt, aber niemand schritt zur Tat, um die Verbreitung dieses Machwerks zu verhindern. Es bedurfte erst der Initiative einer Einzelperson, nämlich des Malers Goral, um nun wenigstens seine weitere Verbreitung zu verhindern. Denn inzwischen konnte es ja in den einschlägigen Kreisen der Bundesrepublik wie auch in Österreich abgesetzt werden. Auch dort verfiel es inzwischen der Beschlagnahme.

Bei dem Verfasser Ziegler handelt es sich um einen Altnazi, der bereits 1924 die erste nazistische Wochenzeitung "Der Völkische" begründete, die später unter dem Titel "Der Nationalsozialist" erschien. 1925 war Ziegler bereits stellv. Gauleiter, eine zeitlang Vertreter des in Nürnberg hinggerichteten Gauleiters Sauckel. Er war zudem Hitlers Berater in Theaterfra-

gen und Initiator der 1938 gezeigten Ausstellung "Entartete Musik", einer Parallelveranstaltung zu der berüchtigten Ausstellung "Entartete Kunst".

Der Verleger Schütz, ein ehemaliger SS-Mann, ist heute Vorstandsmitglied und einer der prominenten Kandidaten der NPD. Bereits 1955 gab es wegen seines Plesse-Verlages einen Skandal auf der Frankfurter Buchmesse. Ihm unterstehen heute der "Reichsruf-Verlag" und der "National-Verlag", in denen ausschließlich neonazistische Autoren zu Wort kommen.

In seinem nun der Beschlagnahme verfallenen Buch hatte Ziegler u.a. behauptet, daß Hitler nichts von der Vernichtung der Juden gewußt habe und daß der verstorbene Prof. Weizmann 1939 im Namen aller Juden dem Deutschen Reich den Krieg erklärt habe. - Ob es wegen dieser Behauptungen und der ansonstigen Verherrlichung der nazistischen Gewaltherrschaft in Zieglers Buch zu dessen strafrechtlicher Verurteilung kommt, steht allerdings auf einem anderen Blatt. Hier hat die Justiz bisher mehr als Langmut bewiesen.

Ein Italiener über den Revanchismus

Der außenpolitische Mitarbeiter der Mailänder Zeitung "Corriere della Sera" veröffentlichte in der auch bei uns vertriebenen Zeitschrift "Epoca" einen Artikel zur Südtirol-Frage, in dem er den deutschen Revanchismus anklagt, heute halb Europa zu bedrohen. Der Verfasser, Augusto Guerriero, fordert die Bundesregierung auf, die nach dem zweiten Weltkrieg in Europa entstandenen Grenzen anzuerkennen. Wörtlich schreibt er:

"Ein Geist geht um in Europa, der deutsche Revanchismus. Wir Europäer wünschen, daß Deutschland seine Einheit erhält, aber unter einer Bedin-

gung, nämlich daß es niemanden bedroht. Gegenwärtig aber bedroht Deutschland halb Europa." Nach einem Hinweis auf die ehemals deutschen Gebiete in Polen und in der Tschechoslowakei fährt Guerriero fort: "Jetzt wendet sich der deutsche Revanchismus gegen uns, weil wir das schwächste Kettenglied sind... Es ist Zeit, klar und offen zu sagen: In Europa wird es keinen Frieden geben, bis sich das deutsche Volk ein für allemal mit den nach den zwei Weltkrieg in Europa entstandenen Grenzen abgefunden hat - den italienischen Grenzen und denjenigen der anderen."

Auch in Österreich

Unter dem Titel "Aus der braunen Giftküche" schreibt der in Wien erscheinende "Neue Mahnruf" in seiner September-Ausgabe:

Einfuhr, Verkauf und Genuß von Marihuana sind verboten. Rauschgifte wie Opium und Kokain dürfen nur als Arzneimittel unter ärztlicher Kontrolle bzw. über ärztliche Verfügung eingenommen und verabreicht werden.

In manchen Bundesländern werden Plakate und Filme, die "gewagte Ausschnitte", das heißt "zuviel" zeigen, zensuriert. Ja, es gibt Landstriche in unserer Republik, wo der Bikini selbst auf dem Plakat verboten ist.

Aber es gibt in der ganzen Republik Österreich offenbar keine Stelle, welche die Einfuhr und Verbreitung eines Giftes, das nicht minder verheerende Folgen - wenn auch anderer Art - als die der oben genannten Rauschgifte hat, unterbindet. Ein Gift, das in Herzen und Gehirnen - insbesondere junger Menschen - Unheil und kaum wieder gutzumachenden Schaden anrichtet und schon angerichtet hat: Wir meinen das Gift, das allwöchentlich in Form von Drucker-schwärze aus der Bundesrepublik Deutschland eingeschleust wird. Konkret: Wir meinen vor allem die "Deutsche National- und Soldaten-Zeitung", die "Deutsche Wochen-Zeitung", den SS-"Freiwilligen", die "Nation Europa" und ähnliche Produkte alt- und neofaschistischer Gift-

küchen. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es 16 größere Zeitungen und Zeitschriften sowie 60 Verlage und Versandbuchhandlungen, die als Mittler und Vermittler von neonazistischem, extrem nationalistischem und militaristischem Ungeist virulent sind. Ein gut Teil davon wirkt auch über die Grenze - nach Österreich. Das Blatt führt dann zahlreiche Beispiele aus den genannten Organen an, u.a. auch Artikelüberschriften wie z.B. die: "Verkauft Wien Südtirol?" - "Würde Hitler von Himmler verraten?" - "Will Bonn München annullieren?" - "Das Sudetenland ist nach wie vor ein Teil Deutschlands" - "Südafrika - der bestregierte und wohlhabendste Staat Afrikas" usw.

Das Blatt fragt: Wer schützt die Demokratie vor politischer Schmutz- und Schundliteratur? - Diese Frage muß in gleicher Weise erst recht bei uns und immer wieder gestellt werden.

Aber auch in Österreich selbst produzieren die dortigen Alt- und Neonazis eine üppige Propaganda. Dafür nur ein Beispiel, das der Österreichische KZ-Verband in seiner Pressekorrespondenz anführt: Das dortige "Unpolitische Mitteilungsblatt für ehemalige Kriegsteilnehmer" schrieb in seiner Ausgabe 8/9 1966 u.a.: "28 Jahre sind vergangen seit jenem Frühjahr 1938, als, mit dem vollzogenen Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich, der Staat Republik Österreich, den bekanntlich keiner wollte, zu existieren aufgehört hatte. Unser Heimatland wurde wieder zur Ostmark des Reiches, denn dieser Anschluß war zugleich die Geburtsstunde des Großdeutschen Reiches..." "...Was den aktiven Widerstand betrifft, ist es nämlich sehr schwer, ...hier die Trennungslinie zwischen Hochverrat und Landesverrat zu finden..." usw. Diese Sprache österreichischer Faschisten steht der westdeutscher Revanchisten in nichts nach.

DER MAHNRUF
Mitteilungsblatt für die Mitglieder der VVN Westberlin. Herausgeber: VVN Westberlin, Berlin 44, Boddinstraße 64. Für den Inhalt verantwortlich: Karl Winkel.

Verstärkte Revanchehetze - und ihre Widerlegung

Ermuntert durch die Haltung der Bundesregierung propagierten die westdeutschen Revanchisten in den letzten Wochen einen "harten Kurs" und gaben diesem durch zahlreiche Veranstaltungen und Publikationen Ausdruck.

Auf dem Ende August in der Westberliner Deutschlandhalle abgehaltenen "Tag der Heimat" erneuerte der SPD-Abgeordnete Wenzel Jaksch seine bekannten revanchistischen Ansprüche, vor allem auf Wiederherstellung der deutschen Grenzen von 1937. Er sprach sich sogar für eine weitere Gültigkeit des Münchener Schandvertrages von 1938 aus und erklärte u.a. wörtlich: "Der Bund der Vertriebenen steht auf dem Boden einer konstruktiven Widerstandspolitik gegen das Teilungsdiktat."

Damit nicht genug, dankte der ebenfalls anwesende Bonner Vizekanzler Mende für die "Aktivität" der Vertriebenenverbände und sagte ihnen volle Unterstützung zu. Eine mehr als zwiespältige Haltung nahm hier der Regierende Bürgermeister Brandt ein, der einerseits seine "Friedens- und Verständigungsbereitschaft" betonte, andererseits aber den Revanchisten ebenfalls volle Unterstützung zusicherte.

Noch unverhüllter und dreister propagierten Revanchisten ihre gefährlichen Forderungen an anderer Stelle. So erklärte der Referent des Bundesministers Seebohm, A. K. Simon, in der "Sudetendeutschen Zeitung": "Unsere Parole...wird deshalb heißen: Wir geben nicht auf! Wir bieten den Heimaträubern und Rechtsverzichtlern Paroli! Wir glauben an die geistige und politische Auferstehung des deutschen Volkes und die Erneuerung seiner politischen Führung!"

Diesem faschistischen Glaubensbekenntnis entsprach auch ein anderes, ein auf dem Pommern-Tag in Kiel von einem gewissen Dr. A. J. App abgegebenes, der u.a. erklärte: "... Aber um in dieser elften Stunde die Oder-Neiße-Situation zu ändern, bedarf es der

Entschlossenheit und Vaterlandsliebe aller. Es bedarf einer Zivilcourage, wie der deutsche Soldat von jeher Frontcourage zeigte." Und auf dem gleichen Treffen, an dem 10 000 Personen teilnahmen, erklärte der Sprecher der pommerschen Landsmannschaften, Dr. Eggert: "Mit dem polnischen Volk müssen wir uns auseinandersetzen und wollen gute Nachbarschaft halten, allerdings nicht an der Oder-Neiße... Wir verzichten nicht! Wir geben uns keinen Illusionen hin und täuschen uns nicht, daß wir uns mit der Sowjetunion und dem Ostblock noch im kalten Krieg befinden."

Noch abenteuerlicher mutet das "Programm" an, das Dr. Wilhelm Pleyer, Redner der Sudetendeutschen und der NPD, in der "Deutschen National- und Soldaten-Zeitung" verkündet: "Eine deutsche Politik muß die Räumung der russisch, polnisch und tschechisch besetzten Zonen zum Ziel haben. Auch über die polnisch und tschechisch besetzten Zonen entscheidet Rußland, auch über Warschau und Prag muß man sich mit Moskau verständigen. Läßt Moskau nicht mit sich über Warschau und Prag sprechen, dann sprechen wir mit Peking oder sonstwem über Moskau, je nach Entwicklung der Weltlage."

Das sind nur einige der wahnwitzigen Forderungen und Drohungen der "Kameraden", mit denen sich der Sozialdemokrat Wenzel Jaksch verbündet hat. Und die Tatsache, daß die Bonner Regierung diese politischen Hasardeure rückhaltlos fördert und ermuntert, unterstreicht nur die friedensbedrohende Gefährlichkeit ihrer jetzt verstärkten Aktivität.

Sie alle, die ihre faschistischen Großmachtträume mit Gewalt zu realisieren bereit sind, die eine Revanche fordern, für die es keine Motive gibt, werden von dem Philosophen Karl Jaspers widerlegt, der ihnen wie allen Deutschen zu bedenken gibt: "Das Ergebnis des eindeutig durch Hitler-Deutschland vom Zaun gebroche-

nen Krieges - die Errichtung neuer Staatsgrenzen - muß als Faktum übernommen und anerkannt werden. Es handelt sich nicht um Strafe, sondern um Gewalt, die der Gewalt gefolgt ist. Wer als Gewalttätiger mit Gewalt niedergeschlagen werden mußte, hat die Folgen seiner Gewalttat zu übernehmen. Wer jedes Recht vernichtet, darf nachher nicht für sich aus seiner Vergangenheit, die nun nicht mehr ist, Rechtsansprüche erheben.

Er muß, wenn die Gnade des Siegers ihn am Leben gelassen und nicht sein Auschwitz mit einem neuen Auschwitz gegen ihn beantwortet hat, aus dem jetzt Gegebenen sein neues Dasein gestalten.

Gegen die durch rechtlose Gewalt hervorgerufenen, durch den Sieger entschiedenen neuen Grenzen Rechtsansprüche zu erheben, das bedeutet die Verschleierung des Willens zu künftiger neuer Gewaltanwendung. Auf dem Wege der Gewalt verlorene Rechte sind nicht mehr Rechte. Nicht wer das durch den Krieg Erworbene festhält, sondern wer Wiederherstellung eines Vergangenen verlangt, bedroht den Frieden. Wer Frieden will, muß Tatsachen anerkennen, welche ohne Gewalt nicht zu ändern sind."

Und Jaspers warnt alle Revanchisten: "Sollten in der Bundesrepublik militärische Tendenzen die Oberhand gewinnen, so ist eine gewaltsame Aktion zur Eroberung der früher deutschen Ostgebiete nicht ausgeschlossen. Daß sie lokal bleiben könnte, ist äußerst unwahrscheinlich. Interessen der USA und Rußlands sind hier in solchem Maße engagiert, daß sie entweder den Krieg verbieten oder daß dann der Weltkrieg ausbricht."

Zu dem immer wieder von Bonn ins Feld geführten angeblichen Rechtsanspruch auf territoriale Veränderungen, erklärt der Philosoph: "Die Bundesrepublik, ein Teil des früheren Deutschland, der getrennt wurde durch den Willen der Besatzungsmächte und hervorgegangen ist aus dem Deutschland, das bedingungslos kapituliert hat, hat keine Rechtsansprüche. Sich auf eine künftige Friedenskonferenz und einen

dann erst zu erreichenden Friedensvertrag zu stützen, bedeutet Täuschung durch eine Fiktion." ...

"Die falschen Rechtsansprüche werden zu Barrieren gegen jede Möglichkeit wirklichen Friedens. Man sagt in der Bundesrepublik: die Aufrechterhaltung der Oder-Neiße-Linie und die Verweigerung der Wiedervereinigung seien eine Gefahr für den Frieden. Aber doch allein dadurch, daß die Bundesrepublik die Ergebnisse der Handlungen Hitler-Deutschlands und die politische Haftung aller Deutschen für sie nicht anerkennen will. Der Wille zu jener territorialen Änderung gegen den Willen der Besitzenden zur Erhaltung der Gegenwärtigen Grenzen ist als solcher potentielle Kriegsgefahr. Die Kriegsgefahr geht von dem aus, der bestehende Grenzen ändern, nicht von dem, der sie bewahren will."

Man sollte nun meinen, daß diese vernünftigen Überlegungen eines Mannes, der weder die Interessen eines osteuropäischen Staates wahrnimmt noch irgendwelche sozialistischen Anschauungen vertritt, für eine die Verantwortung tragende Regierung Anlaß sein sollten, ihre Politik neu zu orientieren. Daß dem leider nicht so ist, erweist sich aus jüngsten Äußerungen Bundeskanzlers Erhard und vieler anderer verantwortlicher Politiker der Bundesrepublik. Das ist auch der wesentlichste Grund dafür, daß der westdeutsche Revanchismus immer bedrohlichere Formen annehmen kann.

Diese Entwicklung aber ist der berechtigte Anlaß für die kürzliche Feststellung des polnischen Außenministers Winiewicz, der im Zusammenhang mit der Zurückweisung des Rapacki-Plans und der Angebote Gomulka durch Bonn erklärte:

"Die Westdeutschen sagen, daß sie ein Gespräch mit Polen wünschen, und sie werfen uns vor, daß wir es nicht führen möchten. Aber wie können wir mit denen jenseits der Elbe sprechen? Wir müssen vor allen Dingen die Anerkennung unserer Westgrenzen fordern. Und sind die Westdeutschen bereit, auf ihre nuklearen Ansprüche zu verzichten, sodaß wir vor einem neuen Abenteuer des deutschen Militarismus sicher sein können?"

ERNST SCHNELLER

Am 11. Oktober sind 22 Jahre seit dem Tage vergangen, an dem der Widerstandskämpfer Ernst Schneller gemeinsam mit 26 Kameraden von der SS im KZ Sachsenhausen ermordet wurde.

Ernst Schneller, 1890 in Leipzig geboren, hatte unter Entbehrungen aber mit bestem Erfolg das Lehrerseminar absolviert als er nach kurzer Berufstätigkeit 1914 als Frontsoldat eingezogen wurde. Das blieb er bis zum bitteren Ende, zuletzt als Offizier an der Ostfront. Doch seine alsdann erfolgende Wahl zum Soldatenrat und die Begegnung mit russischen Soldaten brachten eine Wende in sein Leben. Als überzeugter Kriegsgegner schloß er sich zunächst der Sozialdemokratie, nach dem Kapp-Putsch aber der Kommunistischen Partei an. Hochbegabt und ein glänzender Redner, erwarb sich der Lehrer großes Vertrauen in der Arbeiterschaft. 1924 wurde er in den Reichstag gewählt, im gleichen Jahre aber auch von seinem Lehramt suspendiert, weil die Weimarer Herren seinen Einfluß auf die Schüler fürchteten. Den Vorwand hierzu aber lieferte ein erstes gegen ihn inszeniertes Hochverratsverfahren.

Bis zum Machtantritt Hitlers führte Ernst Schneller dann einen unermüdlischen Kampf für die deutsche Arbeiterschaft. Er verfaßte viele die Ausbeuterklasse entlarvende Schriften, sprach auf großen Versammlungen der Arbeiter des Ruhrgebiets, Hamburgs und Sachsens, dabei fast immer die Polizeibüttel im Rücken. So auch bei der letzten großen Jugendweihe im Berliner Sportpalast, wo die Polizei dann seine Rede mit Gewalt verhinderte.

Wie für so viele Antifaschisten, so begann auch für Ernst Schneller nach dem Reichstagsbrand der Leidensweg nicht mehr abreißender Verfolgung und Freiheitsberaubung. Das Reichsgericht verurteilte ihn im November 1933 zu 6 Jahren Zuchthaus. Nach Verbüßung dieser Strafe und 1 1/2 Jahren strenger Einzelhaft "überstellte" ihn die Gestapo in das KZ Sachsenhausen, wo er bereits bei der Ankunft bewußtlos geschlagen wurde. Dennoch konnte Ernst Schneller mit großer Energie, die ständige Todesgefahr verachtend, unter diesen schweren Bedingungen eine Solidaritätsbewegung organisieren, durch die viele Häftlinge verschiedenster Nationen vor dem Hungertode bewahrt wurden. Zugleich aber war er auch hier ein unermüdlischer Lehrer und Organisator des politischen Widerstandes. Dem brutalen Terror der SS setzte er die Besonnenheit und Entschlossenheit des erfahrenen politischen Kämpfers entgegen. Als man ihm 1943, nach schon 10jähriger Haft eine Fluchtmöglichkeit anbot, lehnte er mit den Worten "Mein Platz und meine Aufgabe ist hier im Lager" ab.

Von der SS in die politischen Gruppen des Lagers eingeschleuste Spitzel ermöglichten es der Lagerführung, die führenden Köpfe der Widerstandsbewegung in ihrem Machtbereich zu ermitteln. 150 Häftlinge wurden in den Isolierblock verbracht und qualvollen Folterungen unterworfen. Am 11. Oktober 1944 wählte man 27 Häftlinge aus dieser Gruppe aus, darunter drei frühere Abgeordnete, um sie in den Abendstunden zu erschießen. Die Zurückgebliebenen wurden in das Todeslager Mauthausen deportiert. Als Hilde Schneller, die Ehefrau, sich am 20. November 1944 wegen ihres Mannes an die Lagerleitung wandte, erhielt sie folgenden Bescheid: "Auf ihre obige Anfrage teilt die Kommandantur mit, daß ihr Mann am 11.10.44 im hiesigen Lager wegen versuchter Meuterei und Aufwiegelung erschossen wurde..." - So endete das Leben eines selbstlosen deutschen Antifaschisten, der seiner Generation ein Vorbild war und dessen Andenken in vielen Herzen bewahrt bleibt.